

Bericht

des Finanzausschusses sowie des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung (Nr 125 der Beilagen) betreffend den Haushaltsplan (Landesvoranschlag) und das Landeshaushaltsgesetz für das Jahr 2012

Der Finanzausschuss- sowie der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss haben in gemeinsamen Beratungen die zitierte Vorlage der Landesregierung in Anwesenheit von Landeshauptfrau Mag. Burgstaller, dem Finanzreferenten der Landesregierung, Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner sowie den Regierungsmitgliedern Landesrat Eisl, Landesrat Blachfellner, Landesrätin Dr. Widmann und Landesrätin Mag. Schmidjell-Esterbauer auch in Anwesenheit von zahlreichen Experten – je nach Haushaltsstellen zuständig – eingehend beraten.

Auf der Expertenbank waren neben dem Landesamtsdirektor Hofrat Dr. Marckhgott, dem Leiter des Legislativ- und Verfassungsdienstes Hofrat Dr. Faber insbesondere Hofrat Dr. Paulus, (Leiter der Abteilung 8), Frau Mag. Rathgeber (Leiterin des Budgetreferates 8/02) und Herrn Mittermair (Abteilung 8) sowie Landesrechnungshofdirektor Mag. Dr. Müller anwesend. Weitere Experten wurden zu den einzelnen Haushaltsgruppen aufgerufen.

Der Landesvoranschlag weist einen Gesamthaushalt an Einnahmen wie Ausgaben in Höhe von € 2.358.937.600,- auf. Auf die Summen des ordentlichen und des außerordentlichen Haushaltes wird in der Vorlage der Landesregierung Nr 125 der Beilagen verwiesen. Weiters ist der zitierten Vorlage auch das Gesetz über den Landeshaushalt für das Jahr 2012 (Landeshaushaltsgesetz 2012) angeschlossen. Dieses enthält XI Artikel. Auf die allen Abgeordneten vorliegenden umfangreichen Materialien hiezu wird verwiesen.

Weiters liegt den Beratungen der Finanzbericht 2011 zu Grunde.

Neben dieser Vorlage der Landesregierung werden inhaltlich in einem weiters die Vorlage der Landesregierung betreffend das Salzburger Finanzrahmengesetz 2012 bis 2014 (Nr 123 der Beilagen) sowie die Vorlage der Landesregierung betreffend ein Landes-Verfassungsgesetz, mit dem das Landes-Verfassungsgesetz 1999 geändert wird (Nr 122 der Beilagen) verhandelt.

Dazu kommt die Erledigung von drei Initiativanträgen (Nr 627 der Beilagen d.2.S.d.14.Gp., Nr 462 der Beilagen d.3.S.d.14.Gp. sowie Nr 259 der Beilagen d.2.S.d.14.Gp.) zu den jeweils

angegebenen Haushaltsgruppen (1, 4, 9). Die Beratungen darüber werden in eigenen Ausschussberichten dargestellt.

Auf die zitierten Beilagen zum stenographischen Protokoll des Salzburger Landtages, welche allen Abgeordneten vorliegen und im Internet einsehbar sind, wird verwiesen.

Am Beginn der Beratungen wird die Generaldebatte abgeführt. Darin werden folgende grundsätzliche Aussagen vorgenommen:

Landeshauptfrau Mag. Burgstaller führt aus, dass das Landesbudget für 2012 unter sehr schwierigen Rahmenbedingungen entstanden sei. Die Finanz- und Wirtschaftskrise und deren Folgen waren noch nicht "verdaut". Die Landeshauptfrau erinnert an die wesentlich schlechteren Einnahmen seit dem Jahr 2009, die mehr Kopfzerbrechen bedeutet hätten als die Ausgabensteigerungen. Dazu sei das erwartete Wirtschaftswachstum nicht eingetroffen und auch die Prognose für 2012 musste wiederum revidiert werden. Auch das vorsichtig für das Budget 2012 mit 0,8 % prognostizierte Wachstum sei nicht gewiss. Viele gesetzliche Bereiche wie die Pensionen und die Gehälter im öffentlichen Dienst werden wesentlich mehr steigen. Dazu komme, dass die Wirtschaft neuerlich zu "schwächeln" beginne. Es gebe bereits erste Anträge auf Kurzarbeit und in größeren Unternehmen würden Leiharbeiter abgebaut.

Das Finanzressort und die Landesregierung haben sich bei der Erstellung des Budgets sehr bemüht, das Notwendige und darüber hinaus mehr zu tun. Erstmals seit vielen Jahren sei es gelungen, dass die Budget-Richtlinien sofort umgesetzt worden seien. Bei allen Zusatzwünschen seien Streichungen durchgeführt worden. In diesem Zusammenhang ersucht Landeshauptfrau Mag. Burgstaller den Landtag, bei all den zu erwartenden Interventionen zum Budget zu stehen und die Kürzungen zu verteidigen, weil es diese Prioritätensetzung brauche. Die in den Budget-Richtlinien enthaltenen Ausgaben-Obergrenzen für alle Budget-Bereiche gelten bereits bis zum Jahr 2014. Innerhalb dieser Deckelungen können Spielräume gefunden und genutzt werden. Landeshauptfrau Mag. Burgstaller betont, dass jeder Vorschlag einer intelligenten Einsparung willkommen sei.

Die Wirtschaftskammer habe Einsparungsvorschläge erarbeitet, die am 5. Dezember 2011 der Landesregierung überreicht werden sollen. Landeshauptfrau Mag. Burgstaller sieht darin einen gewissen Paradigmenwechsel, der aber in Krisenzeiten tatsächlich notwendig wäre, weil dafür Sorge zu tragen wäre, dass vor allem die Menschen und auch die Konjunktur nicht unter die Räder kommen dürfen, wenn es um die Fragen Arbeitsmarkt, Bildungschancen und Gesundheit gehe.

Zum Thema "Schuldenbremse", die im Nationalrat beschlossen werden soll, führt Landeshauptfrau Mag. Burgstaller aus, dass diese zuvor nicht mit Ländern und Gemeinden verhandelt

worden sei. Unter den gegebenen Rahmenbedingungen und Vorzeichen sei es aber richtig, sich darauf zu verständigen. Der Grundgedanke einer "Schuldenbremse" wäre daher aus ihrer Sicht richtig, aber die Umsetzung wie sie im Nationalrat ursprünglich geplant gewesen sei, werde nicht geteilt.

Nach einer ersten Wortmeldung von Landeshauptfrau Mag. Burgstaller befasst sich der für Finanzen ressortzuständige Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner eingehend mit dem Budget. Zu Beginn wird auf die Altlasten in Form einer Budgetlücke von € 164 Mio verwiesen. Ohne Gegenmaßnahmen würde das Defizit ständig ansteigen. Das Schlüsselwort für die Maßnahmen heiße strukturelle Veränderungen. Weiters werde auch auf die schlechten wirtschaftlichen Prognosen hingewiesen.

Zusammengefasst nennt Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner folgende Elemente als wichtige Eckpunkte für die Erstellung des Landeshaushaltes und seiner Begleitgesetze:

Wesentliche Struktur-Änderung des Budgets:

Die neuen Budgetrichtlinien legen fest, dass 2012 die Budgetlücke strukturell um € 56 Mio reduziert werden muss. Gleichzeitig wurden auch schon für 2013 und 2014 die Ausgabenobergrenzen für alle Budgetbereiche festgelegt. Das bringt bis 2014 rund € 198 Mio.

Keine kosmetischen, sondern strukturelle Maßnahmen:

Die Sanierung des Salzburger Landeshaushalts erfolgt ohne billige Einmaleffekte und ohne die Veräußerung strategisch wichtiger Unternehmen wie Salzburg AG, Flughafen oder GSWB.

Die ersatzlose Streichung aller budgetären Sonderwünsche der einzelnen Ressorts:

Dies ergibt eine Reduktion der Ausgaben von rund € 14 Mio.

Fokus auf Einsparungen:

Die Sanierung des Haushalts erfolgt zu 80 % ausgabenseitig und nur 20 % einnahmenseitig.

Die eingeleitete Budgetwende:

Erstmals seit 2009 geht das Haushalts-Defizit wieder deutlich zurück – von ursprünglich im Raum stehenden € 164,7 Mio auf einen zweistelligen Millionen-Betrag (rund € 98 Mio).

Die Festlegung, dass allfällige Mehreinnahmen direkt zur Reduktion des Defizits verwendet werden müssen.

Die Einführung von verbindlichen Haftungsobergrenzen für das Land und die Gemeinden: Diese orientieren sich an den realen Einnahmen des Landes und nicht am gesamten Budgetvolu-

men inklusive Durchlaufposten und zweckgebundene Gelder. Damit hat Salzburg die strengste und klarste Regelung aller Bundesländer.

Inhaltlich sei weiters auszuführen, so Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner, dass es neben den strukturellen Maßnahmen – die Pro-Kopf-Verschuldung von Salzburg sei vergleichsweise gering, aber anders als in anderen Bundesländern dargestellt – nur die Möglichkeiten gäbe, einerseits konsequent zu sparen und andererseits zu investieren. Immerhin sei die Investitionsquote höher als die Neuverschuldung. Die Neuverschuldung betrage € 98 Mio, dem gegenüber betragen die Investitionen allein im außerordentlichen Haushalt über € 100 Mio.

Ausgabenseitig gehe es darum, in der Budgetstruktur Änderungen zu erzielen, Neustrukturierungen vorzunehmen und bessere Instrumente zu schaffen. Weiters habe man sich bemüht, die Erläuterungen zum Budget mit einer neuen Qualität zu versehen, Wirkungsziele vorzugeben und einen Stabilitätsbericht als Pflichtaufgabe zu verankern. Innerhalb der Ausgabenobergrenzen wäre eine höhere Flexibilität möglich, sei für den Landtag eine höhere oder bessere Transparenz gegeben und wurden neue Regelungen für ein Budgetprovisorium, was bisher nicht vorgesehen war, geschaffen. Die eingeführte Schuldenbremse gäbe es in Deutschland, wo man allerdings auch eineinhalb Jahre für die Vorbereitung gebraucht hätte. Ab 2014 werde es aufgrund eines neuen Finanzausgleichs auch neue Finanzströme geben.

Abschließend bedankt sich Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner beim Koalitionspartner und den Regierungskollegen für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Erstellung der Budgettrichtlinien und in der Budgetklausur. Weiters wird der Finanzabteilung der Dank für die Tätigkeit ausgesprochen, namentlich Hofrat Dr. Paulus, Frau Mag. Rathgeber und Herrn Mittermair. Nicht zuletzt werde auch allen Ressorts innerhalb der Landesverwaltung für die Kooperation gedankt.

Klubobfrau Abg. Mag. Rogatsch (ÖVP) dankt eingangs ihrer Wortmeldung Hofrat Dr. Paulus mit seinen MitarbeiterInnen in der Abteilung 8 sowie den Abteilungen des Amtes der Landesregierung für die gute und konstruktive Zusammenarbeit und Landesrechnungshofdirektor Mag. Dr. Müller für die gute Grundlage in Form der Prüfung des Rechnungsabschlusses.

Der Zugang der ÖVP zum Budget für 2012 plus die Eckpunkte für 2013 und 2014 war: sparen und trotzdem Spielräume erhalten, Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsplätze weiterhin unterstützen und die strukturellen Kosten unter Kontrolle bringen. Dies alles werde die große Herausforderung der nächsten Jahre sein. Man werde auch in Zukunft noch viel stärker die Aufgaben der öffentlichen Hand kritisch hinterfragen müssen und Mittel dort effizient einsetzen, wo Nachhaltigkeit gegeben sei. Schulden wären dort gerechtfertigt, wo Investitionen getätigt werden würden, von denen auch die kommenden Generationen profitieren, wie zB der Neu- und Umbau des Krankenhauses Zell am See.

Die ÖVP sehe dieses Budget – so Klubobfrau Abg. Mag. Rogatsch weiter - nicht als Lichtblick, sondern als Beginn eines steinigen Weges. Obwohl der Optimismus angesichts der ständig nach unten revidierten Wirtschaftsprognosen nicht all zu sehr vorhanden sei, wolle die ÖVP auch am Ziel, ab 2017 keine Neuverschuldung mehr zu machen, festhalten. Es werde die nächsten Jahre wohl auf alle Bundesländer zukommen, dass die Bremse wesentlich stärker gezogen werden müsse, damit es zu keinem Crash komme.

Das Land Salzburg müsse auch in den nächsten Jahren massiv einsparen, sonst werde künftigen Generationen sämtlicher Handlungsspielraum genommen werden. Für die nächsten Jahre müssen ein effizienter Einsatz, die immer knapper werdenden Finanzmittel, die Reduktion der Neuverschuldung, die Umsetzung einer mutigen Verwaltungs- und Aufgabenreform ohne Tabus sowie der Abbau des strukturellen Defizits oberste Priorität haben. Ohne nachhaltige Reformen in der Verwaltung oder beispielsweise im Sozial- und Gesundheitswesen werden sämtliche Spielräume in anderen Bereichen verloren gehen.

Die große Herausforderung der kommenden Jahre sei es, trotz Sparvorgaben klare inhaltliche Schwerpunkte setzen zu können. So seien beispielsweise eine funktionierende Wirtschafts- und Tourismusförderung oder die Forcierung von Forschung, Entwicklung und Bildung unverzichtbare Instrumente zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Salzburg und damit zur Schaffung und Absicherung wichtiger Arbeitsplätze. Außerdem werden auch künftig Familien und Kinder nach Kräften unterstützt und im Sinne einer nachhaltigen Politik der eingeschlagene Weg zur "Energiewende" fortgesetzt.

Hinsichtlich der Spielräume führt Klubobfrau Abg. Mag. Rogatsch weiter aus, dass die Schulden der SALK 2012 auf die € 100 Mio zugehen. Die Budgets der SALK konnten 2010 und 2011 mit dem genehmigten Abgang nur eingehalten werden, weil über 100 Dienstposten nicht besetzt worden wären.

Keine Kürzungen gebe es in den Bereichen Soziales mit einem Ausgabenzuwachs von plus 2,65 % sowie Gesundheit und Krankenanstalten mit plus 7 %. Beide Steigerungen, die sich im Ressortbereich der SPÖ befinden, werden vom Koalitionspartner als gerechtfertigt angesehen und mitgetragen. In diesen Bereichen werde es aber trotz der Steigerungen schwierig sein, mit den Mitteln auszukommen und es werde daher viel Disziplin brauchen.

Gelungen sei dieses Jahr, die strategischen Beteiligungen (Salzburg AG, Flughafen, GSWB) nicht anzurühren. Man bekenne sich dazu, dass diese Unternehmen in öffentlicher Hand bleiben sollen.

Angesichts der Wirtschaftsprognose und der Wachstumsrevidierung nach unten wäre es wichtig, Spielräume für die Wirtschaft zu erhalten, damit man gegensteuern könne, so Frau Klubobfrau Mag. Rogatsch weiter. Dazu gebe es im Ressortbereich von Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haslauer drei Ansätze: den Gemeindeausgleichsfonds für wichtige Investitionen in den Gemeinden, den Wirtschaftsförderungsfonds- sowie den Tourismusfonds, um der eintrübenden Wirtschaftsentwicklung gegensteuern zu können. Im neuen Programm "Salzburg - Stand der Zukunft" würden alle bisher geförderten Maßnahmen kritisch hinterfragt und auf Nachhaltigkeit überprüft werden. Sie sollen möglicherweise auf neue Beine gestellt werden, weil es auch im Bereich der Wirtschaftsförderungen zu Kürzungen kommen müsse. Erfreulich sei der Ansatz im Bereich Forschung und Entwicklung. So werde im Bereich der Salzburg Research der Ansatz sogar um € 95.000,- auf € 1,5 Mb steigen, was neue wichtige Schwerpunkte im Bereich Energie ermögliche.

Eine große Herausforderung werde der Bereich Verkehr darstellen, dh vertretbare Lösungen zu vertretbaren Kosten anzubieten. Einen wesentlichen Wermutstropfen stelle die Tatsache dar, dass die Gehälter der KindergartenpädagogInnen nicht erhöht werden können. Dem Personal in der Hoheitsverwaltung und in der SALK, das in den vergangenen Jahren bei steigenden Aufgaben kräftig gespart habe, drückt Klubobfrau Abg. Mag. Rogatsch ihre Wertschätzung aus. Hinsichtlich der Erläuterungen zum Landesvoranschlag lobt die Klubobfrau die wesentlichen Verbesserungen in der Beschreibung und Darstellung der Wirkungsziele inklusive konkreter Maßnahmen. Gerade die Personalabteilung habe bei der Behandlung der Wirkungsziele vorbildlich agiert. Bei anderen Haushaltsansätzen gäbe es auf diesem Gebiet sicher noch Nachholbedarf. Als verbesserungsbedürftig sieht die Genannte so zum Beispiel auch die Erläuterungen im Zusammenhang mit der Umstrukturierung des Krankenhauses Mittersill an.

Abschließend wird festgestellt, dass das Budget für Dritte keine erfreuliche Entwicklung darstelle, so etwa seien die Hoheitsverwaltung, die Förderungen im Bereich der Wirtschaft und Landwirtschaft sowie des Tourismus sehr gekürzt worden. Allerdings müsse auch festgehalten werden, dass durch die nunmehrigen Rahmenbedingungen auch eine bessere Planbarkeit gegeben wäre.

Abg. Mag. Scharfetter (ÖVP) meint in Ergänzung zur Klubobfrau Abg. Mag. Rogatsch, dass man den Inhalt der Budgetberatungen mit dem Zitat "Wir sollen alle Tage sparen und brauchen alle Tage mehr." zusammenfassen könne. Im Speziellen wird zum Abgang der SALK und den Abgängen anderer Rechtsträger Stellung genommen, für die dieses Zitat im Besonderen passe. Das Vorhaben, 2017 ein Nulldefizit zu erreichen, bezeichnet er als nicht realistisch, weil die konjunkturellen Entwicklungen derzeit nicht realistisch eingeschätzt werden könnten. Hinsichtlich der Schuldenbremse müsste man sich fragen, warum sie nicht endlich betätigt werde.

Klubvorsitzender Abg. Ing. Mag. Meisl (SPÖ) zeigt sich überzeugt, dass ein gelungenes Budget 2012 mit sinnvollen Einsparungen vorliege. Daneben seien wichtige, von den VorrednerInnen bereits genannte Schwerpunkte gesetzt worden. Die Festlegung von Ausgabenobergrenzen bis zum Jahr 2017 stellten eine neue Qualität dar. Wichtig wäre auch das Sparen im Kleinen. Sorge bereite ihm die Thematik rund um die "Schuldenbremse". Höchst an der Zeit wäre die Umsetzung einer Finanztransaktionssteuer, die trotz eines Beschlusses aus 2009 leider immer noch nicht realisiert sei. Abschließend stellt Klubvorsitzender Abg. Ing. Mag. Meisl fest, dass das Land Salzburg mit der Erstellung dieses Budgets seine "Hausaufgaben" gemacht habe. Salzburg bleibe weiter handlungsfähig, habe einen entsprechenden Handlungsspielraum und werde weiterhin seine Verantwortung wahrnehmen. Der Finanzabteilung spricht der Klubvorsitzende ausdrücklich seinen Dank für die sehr übersichtlichen Unterlagen aus, die eine noch exaktere Beurteilung des Landeshaushaltes ermöglichen würden.

Abg. Schwaighofer (Grüne) geht nach allgemeinen und wirtschaftspolitischen Anmerkungen und Einschätzungen im Zusammenhang mit dem Marktgeschehen auf einzelne Bereiche im Landesbudget ein. Zum Thema "Schuldenbremse" äußert er Befürchtungen, dass diese die Gefahr des "Kaputtsparens" bedeuten könne. In diesem Zusammenhang zitiert dieser dazu einen Wirtschaftswissenschaftler, der anhand deutscher Verhältnisse festgestellt hätte, dass teilweise hohe Steuersätze der Wirtschaft in Deutschland nicht geschadet hätten. Die Budgeterstellung bedeute nicht nur bei den Ausgaben zu bremsen, sondern auch über Einnahmen verfügen zu können. Kritisch merkt dieser an, dass die oftmals zitierte Energiewende in Salzburg nicht im notwendigen und ausreichenden Maße stattfinde und entsprechende Steuerungsmöglichkeiten versäumt werden würden. Einen enormen Handlungsbedarf sieht Abg. Schwaighofer im Hinblick auf die Kostensteigerungen auch in den Bereichen Gesundheit und Pflege bzw Lohn- bzw Kaufkraftverlust. Der Warenkorb des Verbraucherpreisindex entspreche nicht mehr den tatsächlichen Lebensumständen der Menschen. Im Gesundheitswesen wären vor allem Maßnahmen erforderlich, die den niedergelassenen Bereich im Vergleich zum stationären Bereich stärken und die Tätigkeiten des Allgemeinmediziners aufwerten. Dazu werden international Zahlungsvergleiche angestellt.

Abschließend fasst Abg. Schwaighofer zusammen, dass die erforderlichen Maßnahmen und wichtigen Schwerpunktsetzungen für 2012 im Budget nicht in dem Maß gesetzt worden seien, wie es sich die Grünen gewünscht hätten. Daher werden die Grünen dem vorliegenden Landesvoranschlag 2012 nicht zustimmen.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell (FPÖ) stellt fest, dass sich die FPÖ als Opposition die Entscheidung zu diesem Budget nicht leicht gemacht habe. Die FPÖ werde das Budget ablehnen, weil viele von der FPÖ aufgezeigte Fehlentwicklungen von den Regierungsparteien nicht ernst genommen worden seien. Egal wie gut dieses Budget des Landes Salzburg sei, man werde den

Verlauf der nächsten Jahre nicht beeinflussen können, weil man zu sehr von der globalisierten Situation abhängig sei. Als positiv bewertet Klubobmann Abg. Dr. Schnell im Landesvorschlag die Festlegung von Ausgabenobergrenzen. Kein Verständnis werde für die Änderung der Landesverfassung bezüglich der Budgeterstellung gezeigt.

Begrüßt werden auch die geplanten Investitionen in die Krankenhäuser Zell am See und Mittersill, obwohl der Klubobmann der Meinung sei, dass man durch die Zusammenlegung von Mittersill und Zell am See unter dem Strich mehr hätte sparen können. Insgesamt entstünden durch Sparzwänge besonders im Gesundheitsbereich Einzelschicksale, die nicht hinzunehmen seien. Die medizinische Versorgung des gesamten Landes sei sehr wichtig. Erstaunlich seien die Kürzungen in der Landwirtschaft, wobei die Kürzungen gerade bei den Landarbeitern zu Benachteiligungen führten. Nicht korrekt wäre die Verwendung zweckgebundener Gelder (€ 1,5 Mio Wohnbauförderungsmittel) für die Budgetsanierung. Die aus Gewinnen von den Unternehmen des Landes, wie dem Salzburger Flughafen und der Salzburg AG, stammenden Mittel sollten eigentlich den Menschen zugute kommen, indem zB die Energiekosten gesenkt werden. Bei den für die Bediensteten vorgesehenen Gehaltserhöhungen müsste darauf geachtet werden, dass diese letztlich auch zu bewältigen seien. Der Personalabbau habe gegriffen, aber ständig Personal abzubauen und gleichzeitig neue Aufgaben zu schaffen, werde auf Dauer nicht funktionieren. Die Dienstleistung am Bürger müsse gewährleistet bleiben. Besonders kritisiert werden von Klubobmann Abg. Dr. Schnell die Erhöhung der Rundfunkabgabe und die Streichung der Förderung für Hausstandsgründungen. Ob die Parkraumbewirtschaftung des Chiemseehofes tatsächliche Auswirkungen für das Budget bringe, werde bezweifelt. Besser wäre es, in Mobilitätskonzepten zu investieren.

Ansonsten sieht sich Klubobmann Abg. Dr. Schnell in seiner mehrjährigen Kritik durch die nunmehrige Entwicklung ausdrücklich bestätigt. In diesem Zusammenhang wird abschließend die Ablehnung des Budgets angekündigt.

In der Spezialdebatte wird über die einzelnen Gruppen wie folgt abgestimmt:

Gruppe 0 (Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung)

Die **Gruppe 0 des ordentlichen Haushaltes** mit Gesamteinnahmen von € 56.145.700,-- und Gesamtausgaben von € 249.998.100,-- wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grünen - sohin **mehrstimmig - angenommen**.

Die **Gruppe 0 des außerordentlichen Haushaltes** mit Gesamtausgaben von € 4.303.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen - sohin **mehrstimmig - angenommen**.

Gruppe 1 (Öffentliche Ordnung und Sicherheit)

Die **Gruppe 1 des ordentlichen Haushaltes** mit Gesamteinnahmen von € 229.000,-- und Gesamtausgaben von € 7.345.300,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen - sohin **einstimmig - angenommen**.

Die **Gruppe 1 des außerordentlichen Haushaltes** mit von Gesamteinnahmen von € 800.000,-- und Gesamtausgaben von € 800.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen - sohin **einstimmig - angenommen**.

Gruppe 2 (Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft)

Die **Gruppe 2 des ordentlichen Haushaltes** mit Gesamteinnahmen von € 369.205.000,-- und Gesamtausgaben von € 464.709.900,-- wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grünen - sohin **mehrstimmig - angenommen**.

Die **Gruppe 2 des außerordentlichen Haushaltes** mit Gesamteinnahmen von € 4.000.000,-- und Gesamtausgaben von € 15.431.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen - sohin **einstimmig - angenommen**.

Gruppe 3 (Kunst, Kultur und Kultus)

Die **Gruppe 3 des ordentlichen Haushaltes** mit Gesamteinnahmen von € 8.181.500,-- und Gesamtausgaben von € 47.613.300,-- wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grünen - sohin **mehrstimmig - angenommen**.

Die **Gruppe 3 des außerordentlichen Haushaltes** mit Gesamtausgaben von € 1.210.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Grünen gegen die Stimme der FPÖ - sohin **mehrstimmig - angenommen**.

Gruppe 4 (Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung)

Die **Gruppe 4 des ordentlichen Haushaltes** mit Gesamteinnahmen von € 348.749.100,-- und Gesamtausgaben von € 449.842.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grünen - sohin **mehrstimmig - angenommen**.

Die **Gruppe 4 des außerordentlichen Haushaltes** mit Gesamteinnahmen von € 3.302.000,-- und Gesamtausgaben von € 3.902.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen - sohin **einstimmig - angenommen**.

Gruppe 5 (Gesundheit)

Die **Gruppe 5 des ordentlichen Haushaltes** mit Gesamteinnahmen von € 324.941.600,-- und Gesamtausgaben von € 578.109.900,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen - sohin **mehrstimmig - angenommen**.

Die **Gruppe 5 des außerordentlichen Haushaltes** mit Gesamtausgaben von € 42.587.600,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen - sohin **einstimmig - angenommen**.

Gruppe 6 (Straßen- und Wasserbau, Verkehr)

Die **Gruppe 6 des ordentlichen Haushaltes** mit Gesamteinnahmen von € 7.761.300,-- und Gesamtausgaben von € 98.687.700,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen - sohin **mehrstimmig - angenommen**.

Die **Gruppe 6 des außerordentlichen Haushaltes** mit Gesamtausgaben von € 25.985.000, wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen - sohin **mehrstimmig - angenommen**.

Gruppe 7 (Wirtschaftsförderung)

Die **Gruppe 7 des ordentlichen Haushaltes** mit Gesamteinnahmen von € 3.026.200,-- und Gesamtausgaben von € 73.940.300,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen - sohin **mehrstimmig - angenommen**.

Die **Gruppe 7 des außerordentlichen Haushaltes** mit Gesamtausgaben von € 2.300.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen - sohin **mehrstimmig - angenommen**.

Gruppe 8 (Dienstleistungen)

Die **Gruppe 8 des ordentlichen Haushaltes** mit Gesamteinnahmen von € 4.309.700,-- und Gesamtausgaben von € 3.855.500,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen - sohin **einstimmig - angenommen**.

Die **Gruppe 8 des außerordentlichen Haushaltes** enthält weder Einnahmen noch Ausgaben.

Gruppe 9 (Finanzwirtschaft)

Die **Gruppe 9 des ordentlichen Haushaltes** mit Gesamteinnahmen von € 1.135.519.900,-- und Gesamtausgaben von € 283.967.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Grünen gegen die Stimme der FPÖ - sohin **mehrstimmig - angenommen**.

Die **Gruppe 9 des außerordentlichen Haushaltes** mit Gesamteinnahmen von € 92.766.600,-- und Gesamtausgaben von € 4.350.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grünen - sohin **mehrstimmig - angenommen**.

Der **Landesvoranschlag 2012** wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grünen - sohin **mehrstimmig - angenommen**.

Weiters wird das in der **Vorlage der Landesregierung (Nr 125 der Beilagen) enthaltene Landeshaushaltsgesetz für das Jahr 2012** wie folgt beschlossen:

In der **Spezialdebatte** werden die **Artikel I bis Artikel XI** (einschl Verfassungsbestimmung in Art XI Abs 2) mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grünen - sohin **mehrstimmig - angenommen**.

Das **Landeshaushaltsgesetz 2012** wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grünen - sohin **mehrstimmig - angenommen**.

Der Finanz- und der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss stellen mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grünen - sohin **mehrstimmig -**

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende in der Vorlage der Landesregierung Nr 125 der Beilagen enthaltene ordentliche und außerordentliche Landesvoranschlag und das darin enthaltene Landeshaushaltsgesetz für das Jahr 2012 werden zum Beschluss erhoben.
2. Die dem Landesvoranschlag angeschlossenen Fondsvoranschläge der Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit werden ebenfalls genehmigt.
3. Die Landesregierung wird gemäß Art 48 Abs 2 des Landes-Verfassungsgesetzes 1999 in Abänderung des Beschlusses des Salzburger Landtages vom 18. Mai 2011 ermächtigt, zugunsten der Rehabilitationszentrum St Veit im Pongau Betriebs- GmbH oder einer von dieser Gesellschaft namhaft gemachten (Leasing)Gesellschaft ein Baurecht an Teilflächen der Liegenschaften EZ 49, 61 und 170, je Grundbuch 55129 Schwarzach II, im Gesamtausmaß von 9.981 m² auf die Dauer von 35 Jahren ab bürgerlicher Eintragung des Baurechtes und der Einräumung eines Optionsrechtes betreffend die Verlängerung des Baurechtes um weitere 35 Jahre zugunsten der St Veit im Pongau Betriebs- GmbH oder einer von dieser Gesellschaft namhaft gemachten (Leasing)Gesellschaft zu bestellen.

Salzburg, am 23. November 2011

Der Vorsitzende des Verfassungs-
und Verwaltungsausschusses:

Kosmata eh

Die Vorsitzende des
Finanzausschusses:

Riezler eh

Der Berichterstatter:

Ing. Mag. Meisl eh

Beschluss des Salzburger Landtages vom 14. Dezember 2011:

Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen der FPÖ und Grünen – sohin mehrstimmig – zum Beschluss erhoben.